

Liebe DeSaFor-Mitglieder, liebe Freunde und Freundinnen Südafrikas.

Südafrika und Deutschland stehen in diesen Tagen vor ähnlichen, wenn auch nicht unmittelbar vergleichbaren enormen Herausforderungen. Sie beruhen zum Teil auf Trumps ‚Epochenbruch‘, wie der Historiker H.A. Winkler die aktuellen Veränderungen in den USA bezeichnet. Sie haben aber auch hausgemachte Gründe und zwingen die politischen Führungen zu Schritten, die sie vor wenigen Monaten nicht für möglich gehalten oder rundweg abgelehnt hatten.

In den internationalen Beziehungen hat Trump im Zusammenhang mit der generellen Einstellung der USAID Auslandsarbeit direkt nach seinem Amtsantritt auch ausdrücklich alle Finanzhilfen für Südafrika „auf Eis gelegt“. Damit hat er vor allem die Programme zur HIV/AIDS Bekämpfung in größte Not gebracht. Er bezog sich auf eine von prominenten Amerikanern (u.a. mit Südafrika-Bezug wie Elon Musk, Peter Thiel) gesteuerte Verbreitung von „fake-news“ zu angeblichen Enteignungen von Großbauernhöfen und auf die sogenannten ‚Farmmorde‘, die sich in den meisten Fällen aber als kriminelle Taten herausgestellt haben.

Südafrika gehört als einziges afrikanisches Land zu den G20 und hat zum ersten Mal den G20-Vorsitz inne. Seine engen Kontakte mit Russland, die von Südafrika gegen Israel eingeleiteten Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag sowie die vorgenannte Desinformationskampagne haben die USA veranlasst, bei den bisherigen G20 Außen- und Finanzministertreffen lediglich mit Botschaftsvertretern und nicht mit den betreffenden Ministern teilzunehmen. Zuletzt erfolgte die Erklärung des südafrikanischen Botschafters zur „persona non grata“ wegen unangemessener Äußerungen über den US-Präsidenten. Auch Deutschland musste Eingriffe von US-Vizepräsident J.D. Vance und E. Musk in den Wahlkampf (Behauptung der Einschränkung der Meinungsfreiheit sowie offene Unterstützung der AfD) hinnehmen.

In der Innenpolitik stehen beide Länder vor der Herausforderung jahrelang vernachlässigte Infrastruktur mit enormen Finanzmitteln wiederherstellen zu müssen. In beiden Ländern geht es dabei um die Sicherstellung öffentlicher Grundversorgung und besserer Rahmenbedingungen für die Wirtschaft (Bereitstellung von Elektrizität - hier sind in Südafrika schon beachtliche Fortschritte erzielt worden, Wasserversorgung und Abwasser, Straßen, Schienen, Häfen). Vor allem muss in Südafrika mehr getan werden, um die hohe tatsächliche Arbeitslosigkeit von über 40 % bei den Erwachsenen und über 60 % bei den 16–25-Jährigen deutlich zu reduzieren.

Ein Ansatz wäre, das Investitionsklima deutlich zu verbessern, um ausländische Direktinvestitionen in den Bergbau, in die Weiterverarbeitung der Rohstoffe im Land und in das produzierende Gewerbe anzuziehen. Die unterschiedlichen Vorstellungen bei ANC und DA, die bei den parlamentarischen Beratungen des Haushaltsentwurfs des Finanzministers offen zutage treten, zeugen davon, welches Konfliktpotenzial die schwierige Wirtschafts- und Finanzlage für die Regierung der Nationalen Einheit enthält. Deutschland hat angesichts des Staus bei öffentlichen Investitionen, der Rezession und der Abwanderung von Industrie ins Ausland ebenfalls einen massiven Investitionsbedarf und muss versuchen, sich dabei nicht nur auf das hierfür vorgesehene Sondervermögen zu stützen, sondern ebenfalls Einsparpotentiale in den öffentlichen Haushalten zu nutzen. Auch hier scheinen die Koalitionsverhandlungen besonders schwierig zu sein.

Wichtig bleibt: Unsere Länder verbindet das Verständnis von Rechtsstaat und demokratischer Grundordnung sowie der regelbasierten und werteorientierten Außenpolitik. Die im Wesentlichen von Trump forcierte neue Weltordnung gebietet daher die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit mit Ländern wie Südafrika.

Mit allen guten Wünschen grüßt Sie

Ihr Hans-Werner Bussmann



In dieser Ausgabe:

- **Vorwort (H.W.Bussmann)**
- **Die State of the Nation Address (SONA) und der Haushalt (K.Brückner)**
- **Coalition government: SA and GER compared (Dr. Y.A. Omar)**
- **Der ANC am Scheideweg (E. Hustädt)**
- **Interview mit Tessa Dooms (K. Brückner)**
- **KfW Entwicklungsbank (KfW Südafrika)**
- **Was ist eigentlich „Just Transition“?**
- **Südafrika-Forum NRW - Virginia Tech Study und Praktikumsbericht - Sonnenenergie für Schule in Paarl**
- **DeSaFor- Veranstaltung - Mittagsgespräch mit Dr.John Endres - Lunch Break Discussion at the RSA Embassy**

Deutsch-Südafrikanisches Forum e.V.

www.desafor.de

Kontakt:

info@desafor.de

Adresse:

DeSaFor
c/o Klaus Brückner
Ringstraße 101b
12203 Berlin

Die State of the Nation Address (SONA) - wohin zieht die GNU?

Bei seiner zweiten *State of the Nation Address (SONA)* nach Bildung des *Government of National Unity (GNU)* im vergangenen Jahr blieb Präsident *Ramaphosa* seiner gewohnten Haltung treu: Er analysierte ehrlich und klar die Herausforderungen, überzeugte mit Lösungswegen und machte den hohen Finanzbedarf dafür deutlich. Allein, es fehlte an einem klaren Aufbruch- und Startsignal, einer Botschaft an die Südafrikaner*innen, wohin die „Wanderung“ der GNU führen soll und welchen Weg sie einschlagen wird.

Und dann geschah auch noch Unerwartetes: Finanzminister *Godongwana* musste kurzfristig seinen Haushaltsentwurf zurückziehen. Sein kalkulierter Befreiungsschlag einer Erhöhung der Mehrwertsteuer von 15 auf 17% war frühzeitig durchgesickert und hatte sofort massive Kritik von allen Seiten – auch aus ANC-Reihen – ausgelöst. So musste er schnell einen neuen, innerhalb der GNU abgestimmten Entwurf erarbeiten, und die Einbringung des Haushaltes wurde auf den 12. März verschoben.

Dieser Vorfall ist nicht nur bemerkenswert, weil er die gewohnte Routine durchbricht, dass der Finanzminister innerhalb von zwei Wochen nach der SONA mit dem Haushaltsentwurf die Ankündigungen des Präsidenten unterlegt, sondern auch, weil er die Schwächen der Koordination innerhalb der GNU offenbart hat. Und es ist deutlich geworden, dass der mehrheitsverwöhnte ANC seine Lernkurve mit Blick auf Aushandlungsprozesse und Suche nach Kompromissen innerhalb der GNU noch nicht bewältigt hat.

Ramaphosas Leistungsbilanz sollte angesichts der nationalen, regionalen und nicht zuletzt auch globalen Herausforderungen nicht kleingeredet werden. Mit gutem Recht verweist er auf Fortschritte der von ihm während seiner ersten Amtszeit ins Leben gerufenen *„Operation Vulindlela“* ([näheres hier](#)). Sie soll die Infrastruktur verbessern, die Resilienz stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft steigern.

Denn trotz aller Fortschritte bleiben die Wachstumsraten deutlich unter den notwendigen 3 % (0,8 % 2024, erhoffte 1,9% 2025), das Investitionsvolumen zu niedrig und die Arbeitslosenquote auf hohem Niveau (Statistik-Agentur RSA: IV. Quartal 2024: 31,9 %, Jugendarbeitslosigkeit 59,6% - tatsächlich: deutlich höher). Damit wächst das Armutsrisiko breiter Bevölkerungsschichten (rd. 13 Mio. Menschen leben unter der absoluten Armutsgrenze) und verringert sich die Chance, dass Südafrika den letzten Platz des globalen Index für Einkommensungleichheit verlassen kann.

Präsident *Ramaphosa* verweist auf den gerade fertiggestellten *Medium Term Development Plan (MTDP) 2025 bis 2029* hin.

Er gilt als das eigentliche Arbeitsprogramm der GNU, die sich zunächst nur auf ein kurzes *„Statement of Intent“* für die Regierungsbildung verständigt hatte. Der *MTDP* setzt drei Schwerpunkte:

- Förderung inklusiven Wachstums und der Beschäftigung
- Armutsminderung und Reduzierung der Lebenshaltungskosten
- Bildung eines fähigen, ethischen, entwicklungsorientierten Staates.

Diese Ziele waren schon Gegenstand früherer Ankündigungen. Man kann deshalb nur hoffen, dass der von der GNU beschlossene *MTDP 2029* das „Ambitionsniveau“ auch der Zielerreichung erhöht. Der offen ausgebrochene Konflikt zwischen den GNU-Partnern über den für ihre Finanzierung vom Finanzminister vorgelegten Haushaltsentwurf bietet wenig Anlass für Zuversicht.

Wie in früheren Jahren, verliert die SONA sich über weite Strecken in zum Teil detaillierten Projektbeschreibungen. Aber es sind auch zentrale strategische Ansätze erkennbar, wie

- die Professionalisierung des öffentlichen Dienstes (Auswahl, Fortbildung);

- die Reform der Kommunen (Zuständigkeiten, Finanzierung, Verwaltung);
- die Öffnung der bislang von den Staatsunternehmen betriebenen Netze für den Privatsektor (Strom, Eisenbahn);
- die Beteiligung des Privatsektors an Investitionen.

Ramaphosa verzichtet in der SONA auf Positionierungen zu den aktuellen Konflikten innerhalb der GNU - zur Bildungspolitik (Basic Education Act), zur Nationalen Gesundheitsversicherung (National Health Insurance), zur Landreform oder zu dem vom Präsidenten kürzlich unterschriebenen Gesetz zur Entschädigung bei Enteignungen und, nicht zuletzt, zu einer möglichen Mehrwertsteuererhöhung.

Der Haushalt Südafrikas 2025/2026 – Möglichkeiten und Grenzen

Finanzminister *Godongwana* bemühte sich, die Verschiebung der Vorlage des Haushaltsentwurfs für 2025/2026 als normal im Rahmen von Aushandlungsprozessen in einer Koalition zu werten.

Sein Versuch, mit einer deutlichen Erhöhung der Mehrwertsteuer die finanzielle Handlungsfähigkeit der Regierung für notwendige Maßnahmen zu steigern, fand jedoch weder die Unterstützung seiner eigenen Partei noch die der GNU-Partner.

CONSOLIDATED GOVERNMENT FISCAL FRAMEWORK				
R billion/percentage of GDP	2024/25	2025/26	2026/27	2027/28
	Revised estimate	Medium-term estimates		
Revenue	2 029.2	2 221.9	2 377.4	2 520.6
	27.1%	27.8%	27.9%	27.8%
Expenditure	2 404.0	2 592.3	2 703.0	2 834.9
	32.1%	32.4%	31.8%	31.3%
Budget balance	-374.7	-370.4	-325.6	-314.2
	-5.0%	-4.6%	-3.8%	-3.5%
Gross domestic product	7 478.8	7 999.4	8 512.6	9 068.7

Der Finanzminister präsentierte den überarbeiteten Haushalt gewohnt zuversichtlich unter der Überschrift *„Investing for faster growth“*. Er verdeutlicht dabei auch den hohen Finanzierungsbedarf staatlicher Wachstums- und Beschäftigungspolitik.

Das Gewicht der damit verbundenen Herausforderungen wird an folgenden Zahlen deutlich:
Bei dem Spitzenwert einer voraussichtlichen Gesamtverschuldung von rd. 76,2 % des BIP (GDP) und einer Neuverschuldung von R370 Milliarden (Mrd) wird der Haushalt mit Zinskosten von rd. R425 Mrd. (5 % des BIP) belastet. Die Kapitalkosten betragen rd. 16,4 % der Gesamtausgaben und verzehren rd. 22 % der Steuereinnahmen.

Auf der Einnahmenseite schlägt der Finanzminister nun zur Konfliktlösung eine moderate Erhöhung der Mehrwertsteuer in den kommenden zwei Jahren vor - von bisher 15 % ab April 2025 auf 15,5 % und ab April 2026 auf auf 16 %.
Einkommensschwache Haushalte sollen durch eine Mehrwertsteuerermäßigung auf lebenswichtige Produkte entlastet werden; ebenfalls wird auf eine Erhöhung der Mineralölsteuer verzichtet. Zudem soll auf inflationsbedingte Tarifänderungen und Steuerermäßigungen bei der Einkommensteuer verzichtet werden. Eine bessere Ausstattung und Professionalisierung des *South African Revenue Service* zielt auf eine effektivere Steuererhebung zur Erhöhung der Einnahmen.
Auf der Ausgabenseite soll ein Wirkungsmonitoring die große Verschwendung

CONSOLIDATED GOVERNMENT EXPENDITURE BY FUNCTION					
R billion	2024/25	2025/26	2026/27	2027/28	2024/25–2027/28
	Revised estimate	Medium-term estimates			Average growth
Learning and culture	482.3	508.7	536.4	562.4	5.3%
Health	277.2	298.9	313.7	328.9	5.9%
Social development	397.0	422.3	441.1	452.7	4.5%
Community development	267.8	286.6	293.5	305.6	4.5%
Economic development	252.4	289.8	297.8	318.4	8.1%
Peace and security	250.4	266.1	277.6	287.0	4.7%
General public services	77.1	78.7	81.1	84.2	3.0%
Payments for financial assets	10.2	11.4	7.2	5.9	
Allocated expenditure	2 014.4	2 162.4	2 248.3	2 345.1	5.2%
Debt-service costs	389.6	424.9	449.2	478.6	7.1%
Contingency reserve	–	5.0	5.5	11.1	
Consolidated expenditure	2 404.0	2 592.3	2 703.0	2 834.9	5.6%

Percentage change	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Final household consumption	6.2	2.5	0.7	1.0	1.9	1.5	1.7
Final government consumption	0.6	0.6	1.9	1.5	3.8	-0.1	0.3
Gross fixed-capital formation	-0.4	4.8	3.9	-3.6	5.0	5.2	3.7
Gross domestic expenditure	4.9	4.0	0.8	-0.0	2.6	1.7	1.8
Exports	9.7	6.8	3.7	-2.8	3.4	3.2	3.1
Imports	9.6	15.0	3.9	-5.3	5.7	3.1	2.7
Real GDP growth	5.0	1.9	0.7	0.8	1.9	1.7	1.9
GDP inflation	6.3	5.2	4.8	4.1	4.9	4.7	4.5
GDP at current prices (R billion)	6 220	6 656	7 024	7 365	7 872	8 387	8 932
CPI inflation	4.6	6.9	5.9	4.4	4.3	4.6	4.4
Current account balance (% of GDP)	3.7	-0.5	-1.6	-1.6	-2.3	-2.4	-2.6

öffentlicher Mittel eindämmen. Ein „gedeckelter“ Haushaltsansatz für Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst soll zudem die Ausgabenrisiken begrenzen.

Godongwana hält an seinem strikten strukturellen Konsolidierungskurs fest, mit dem Ziel, die Gesamtverschuldung nicht noch weiter zu erhöhen und das strukturelle Defizit (Neuverschuldung) von zuletzt 5% des Gesamtbudgets 2024/2025 auf 3,5% bis Fiskaljahr 2027/28 zu verringern.
Dieser Kurs begrenzt aber auch die tatsächlichen Möglichkeiten zur Finanzierung notwendiger Maßnahmen zur Weiterführung der *Operation Vulindlela* und dürfte damit auch für die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den neuen MTDP gelten.

Über diese staatlichen Möglichkeiten hinaus zählt der Finanzminister auf ein verstärktes Engagement des Privatsektors:
So soll die längst überfällige Regulierung zu „*Public Private Partnerships*“ (PPP) nun am 1. Juni 2025 in Kraft treten. Ergänzt werden soll dies durch Beteiligungen des Privatsektors in bislang von Staatsunternehmen beherrschten Sektoren (*Private Sector Participation – PSP*). Diese sollen zunächst im Transportsektor für die Frachstrecken für Erze, Chrom, Kohle und Mangan, für die Erweiterung des Hafens Richards Bay für Ferrochrom und Magnetit und den Ausbau der Umschlagskapazitäten in den Häfen für Container und die Automobilindustrie angeboten werden.
Im II. Halbjahr 2025 soll die Beteiligung privater Investoren auch für

den Betrieb von Netzen im Energiesektor in breitem Maße ermöglicht werden.
Für den Ausbau der Energienetze kündigte *Godongwana* den Start eines Kreditgarantieprogramms an, das im Erfolgsfall auf andere Sektoren ausgeweitet werden soll.
Mit diesem Bündel von – jedoch weitestgehend noch nicht gesicherten – Modellen werde der Staat in den nächsten drei Jahren mehr als R1.000 Mrd. unter anderem für Transport und Logistik (R400 Mrd.), Energie (R220 Mrd.) und Wasser und Abwasser (R156 Mrd.) bereitstellen.
Godongwana belässt es bei seiner Haushaltsrede aber nicht bei der Vorstellung seines Zahlenwerks. Er mahnt mit Blick auf die ambitionierten Ziele der Wachstumsförderung und des MTDP, dass sie nur mit fähigen und leistungsbereiten staatlichen Institutionen sowie durch sorgfältige Bewirtschaftung und Wirkungskontrolle der Haushaltsmittel zu erreichen seien. Dazu seien insbesondere tiefgreifende Reformen kommunaler Strukturen und Dienstleistungen notwendig.

SONA und Haushalt hinterlassen einen gemischten Eindruck. Sie verdeutlichen zwar einmal mehr die Potenziale Südafrikas und seiner Regierung, die erkannten Herausforderungen mit erfolversprechenden Ansätzen bewältigen zu können.
Gleichzeitig bleiben Zweifel, ob die guten Absichten und optimistischen Ankündigungen den Realitätstest der GNU bei der Umsetzung und nachhaltigen Finanzierung bestehen werden. In den zurzeit noch laufenden Auseinandersetzungen über den Haushalt in der parlamentarischen Beratung wird der Wille zur gemeinsamen Verantwortung für die „Nationale Einheit“ noch nicht wirklich deutlich.

Autor: Klaus Brückner
Tabellen: National Treasury, South Africa

Coalition government: South Africa and Germany compared

On 12 March, after a two-week postponement, Minister of Finance Enoch *Godongwana* made his Budget Speech and tabled the four key Bills needed to give effect to the Budget. These Bills will now be debated by the National Assembly. Many of the parties in the *Government of National Unity (GNU)* and those in the opposition benches indicated they will not be supporting Budget. Will this represent the unravelling of the GNU after less than a year of existence?

In the immediate aftermath of the May 2024 elections, where the ANC admits it suffered a 'strategic setback', the ANC debated going into opposition, or forming a grand coalition with possibly the IFP and the DA, or a minority government which would have required the ANC to sign 'Supply and Confidence Agreements' with other parties for their support on key votes of budgets and confidence motions. It eventually chose the path of a Government of National Unity where government is formed by parties agreeing to cooperate, despite policy and ideological differences, to resolve specific national challenges. While there has been much publicity about these debates within the ANC, there were also divisions within the DA.

Reports indicated that DA's Federal Chairperson *Helen Zille* and some of her closest circle preferred ANC creating a minority government with 'Supply and Confidence' arranging with the ANC. A grouping around *Steenhuisen* preferred forming a government with the ANC. Media reports also suggest internal discomfort or even opposition to the GNU from within the DA's Gauteng province ([hier](#)).

At first glance there are several similarities between Germany and South Africa. For example, both Germany's 2005-2009 grand coalition and South Africa's GNU brought together ideologically diverse parties. In Germany, the center-right CDU/CSU joined with the center-left SPD. Similarly, South Africa's GNU includes the

center-left ANC and center-right DA among other parties from across the political spectrum.

Both coalitions were formed during periods of economic or political challenge. The German grand coalition emerged after an unexpected electoral stalemate, while South Africa's GNU formed after the ANC lost its parliamentary majority for the first time since 1994, during a period of economic stagnation and governance challenges.

Both cases have developed specific governance structures to manage coalition



tensions. Germany utilized a "coalition committee" system to facilitate top leadership negotiations outside public scrutiny, while South Africa established a

"clearing house" mechanism serving a similar function.

Both coalitions faced challenges around portfolio allocation. In Germany, despite being the larger partner, CDU/CSU made significant concessions on cabinet posts to the SPD. Similarly, in South Africa, tensions emerged immediately after the election over ministerial allocations between the ANC and DA.

Angela Merkel's low-key, consensus-oriented leadership style helped manage tensions in the grand coalition until 2021. The third year of the then following traffic light coalition was marked by open conflicts and its early cancellation, leading to the February 2024 general elections. Similarly, South Africa does depend on the consensus seeking style of President *Ramaphosa*.

But that is where the similarities end. Much has been made about the speed at which the GNU *Statement of Intent (Sol)* was hammered out and its brevity. At 1300 words it is a much simpler, shorter document than Germany's coalition agreement which was an extensive 44,000 words and specified detailed policy compromises in advance. But as we have seen from the

most recent *Olaf Scholz* SPD-led coalition, such detail is no guarantee of longevity.

The danger with the *Statement of Intent* was that it lacked specificity on many issues, contributing to implementation ambiguities. However, Cabinet recently approved the 220page *Medium Term Development Programme (MTDP)* for its 2024-2029 term with the following priorities: inclusive growth and job creation; reduce poverty and tackle the high cost of living; and build a capable, ethical and developmental state.

Another obvious difference is that Germany's coalitions consisted of a maximum of a three party arrangement. South Africa's GNU is much larger with ten parties participating, controlling approximately 72% of parliamentary seats.

Germany has a stronger tradition of coalition governance and established norms of cooperation. South Africa's political culture at the national level has been characterized by ANC dominance, with coalition experience primarily at the local level where patterns of instability have been common.

In Germany, ministers had considerable autonomy within their portfolios. In South Africa, the principal-agent problem is more acute, particularly for DA ministers implementing ANC-originated policies, thus creating recurring tensions.

The future of the GNU seems to depend on two political dynamics: internal party dynamics and electoral ones. The ANC will hold its mid-term National General Council in 2026, and its elective National Conference in 2027. Similarly, the DA Conference around April 2026 will test the balance of interests among various factions within the party. The other major milestone for all the parties will be the 2026 local government elections (LGE2026).

I suspect that the GNU will survive the tensions around the Budget, as well as on legislation relating to basic education and the introduction of universal health coverage. The real test will come in the run up to the Local Government Elections 2026.

Author: Dr. Yacoob Abba Omar
Mapungubwe Institute - MISTRA Johannesburg

Interview mit Tessa Dooms Programmdirektorin Rivonia Circle, Südafrika

DeSaFor: Tessa, willkommen in Berlin. Du nimmst auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) an den Veranstaltungen anlässlich des 100jährigen Bestehens teil. Du vertrittst den „Rivonia Circle“, eine von Dir mitgegründete Nichtregierungsorganisation. Was hat Dich zur Gründung dieser Organisation bewegt und was macht Ihr dort?



Tessa Dooms: Der Rivonia Circle wurde als politische Denkfabrik gegründet, um in Südafrika einen Raum für die Entwicklung neuer politischer Ideen „von unten“ zu schaffen. Nach

den Unruhen im Juli 2021 haben wir als Angehörige einer jungen schwarzen berufstätigen Generation, die in der neuen Gesellschaft „angekommen“ waren, feststellen müssen, wie sehr sich die offizielle Politik von der Realität der Menschen entfernt hatte. Uns wurde bewusst, dass auch wir uns mit unseren Privilegien in dieser Gesellschaft mit der höchsten Ungleichheit weltweit, von deren großen Problemen abgeschottet hatten.

Mit einer kleinen Gruppe Gleichgesinnter haben wir uns entschieden, unsere Möglichkeiten aktiv für Veränderungen einzusetzen. Den Gedanken zur Gründung einer Partei haben wir dabei schnell verworfen. Unsere Idee war, Politik wieder „von unten“ und gemeinsam mit den Menschen zu denken und nicht in einer Partei für sie zu denken. Wir definieren uns als eine NRO, die nicht parteipolitisch agiert, sondern Menschen politisieren und dazu ermutigen will, ihre eigene Meinung zu bilden und zu artikulieren. Menschen, die bei Wahlen genau auf die Agenden der Parteien schauen und bewerten, ob sie darauf vertrauen können, dass sie ihre Belange und Bedürfnisse vertreten werden.

Wir wussten zunächst nicht, was und wie wir arbeiten sollten, aber wir waren sicher, die richtigen Fragen zu kennen: Können wir einen Raum für neue politische Ideen schaffen? Welche Art von Politik braucht

Südafrika? Wie und wo können wir zusammenkommen, um sie gemeinsam zu entwickeln?

Mit unserer Rivonia Circle Forschungseinheit führen wir u.a. repräsentative Umfragen durch und in unserer Programmeinheit, die ich verantworte, setzen wir unser Democracy Builder“-Programm um. Dort schaffen wir den Raum für die Menschen, aus den Erfahrungen mit ihren Lebensbedingungen über Politik zu sprechen. Und wir ermuntern sie, sich zu engagieren, indem sie „Politik als die Kraft zum Handeln“ verstehen und nutzen.



Der „Rivonia Circle“ ist in gewisser Weise eine Wiederbelebung des Aktivismus der Rivonia-Trialisten. Sie haben in ihrer Zeit als Aktivisten in ihrem intellektuellen „Lily’s Leaf Farm Project“ über Strategien und Handlungsoptionen nachgedacht. Der Rivonia Circle bietet in ähnlicher Weise die Möglichkeit, rund um ein Feuer oder einen Tisch zu sitzen, zu reden und Ideen zu entwickeln.

DeSaFor: Bei einer Podiumsdiskussion anlässlich des 100. Geburtstages von Nelson Mandela im Oktober 2018 hast anwesenden prominenten ANC-Vertreter*innen zwar für ihr Engagement im Befreiungskampfes gedankt, aber das Ergebnis zugleich als „unfinished business“ bezeichnet. Wie siehst Du die Fortschritte in Südafrika heute, 40 Jahre nach den ersten freien Wahlen?

Tessa Dooms: Südafrika hat eine der modernsten Verfassungen in der Welt, die die Rechte der Menschen schützt, hat eine starke Justiz und ein stabiles System demokratischer Institutionen. Ich habe deshalb keine Sorgen um die Stabilität dieses institutionellen Arrangements oder dass das Rad wieder zurückgedreht werden könnte.

Die größte Errungenschaft des Landes ist das allgemeine Gefühl der Freiheit und die Fähigkeit, sich an einem robusten politischen Diskurs zu beteiligen, ohne Sorgen vor Sanktionen haben zu müssen. Das ist in vielen anderen afrikanischen Ländern – aber auch anderswo auf der Welt – nicht

selbstverständlich. Und, was mir immer noch viel Hoffnung gibt, ist das Ausmaß, in denen „Communities“ aktiv sind und arbeiten – sogar übermäßig viel arbeiten. Die Menschen haben immer noch das Gefühl, dass Südafrika funktionieren muss. Und so sind die „Communities“ zur letzten Instanz geworden, wenn es um irgendetwas im Lande geht.

DeSaFor: Das Gefühl des „unfinished business“ ist sicher auch ein Grund für das schlechte Abschneiden des ANC bei den Wahlen 2024 niedergeschlagen hat? Ist es Verlust von Vertrauen in die „People’s Party“ oder liegen die Ursachen tiefer in gesellschaftlichen Strukturen?

Tessa Dooms: Es ist nicht vorrangig ein Verlust an Vertrauen in den ANC. Es ist ein Verlust des Vertrauens in die institutionalisierte Politik und deren politische Akteure. Das starke institutionelle Gefüge hat Stabilität gebracht und sich als nützlich erwiesen. Aber es funktioniert nur für einige und nicht für alle. Dass zeigt das hohe Maß an Ungleichheit.

Bei der dreifachen Herausforderung durch Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit hat die ANC-Regierung bei der Reduzierung der Armut vor allem in den ersten zwei Jahrzehnten nach 1994 gute Arbeit geleistet. Beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit schneidet die Regierung schlechter ab. Das zeigt die tatsächliche Arbeitslosenquote von rd. 40 % (offiziell 32 %).

Beim Kampf gegen die Ungleichheit hat der ANC absolut schlecht abgeschnitten.

Und das führt dazu, dass die Südafrikaner in ihren Köpfen zwei Südafrikas haben. Das eine Südafrika ist solide, robust, entwickelt, findet Anklang in der Welt und hat eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Und in dem anderen Südafrika haben die Menschen keinen Zugang dazu. Sie sind vielmehr auf die Aktivisten in den Communities angewiesen, die für ihre Mitmenschen leisten, was eigentlich der Staat leisten müsste. Sie sorgen freiwillig und ohne Bezahlung dafür, dass ihre Mitmenschen zu den Gesundheitszentren kommen oder in Sicherheit und Geborgenheit leben können. Arme leisten also freiwillig Sozialarbeit für Arme, ihre Mitmenschen, die sich

die zunehmend privatisierten Dienstleistungen - Gesundheit, Polizei, aber auch Bildung und Energie- und Wasserversorgung - nicht leisten können.

Die Ungleichheit hat zweifellos die größte und schlimmste Auswirkung auf das Leben der Südafrikaner und ihr Vertrauen in die Politik. Die Korruption in den Institutionen verstärkt diese Entwicklung. Es ist erschreckend, dass es die Verantwortlichen im ANC noch nicht einmal mehr schockiert, wenn die öffentliche Daseinsvorsorge nicht funktioniert. Die Nicht-Erbringung von Dienstleistungen ist zur Normalität geworden.

Die Verwurzelung der Ungleichheit und die Tatsache, dass das räumliche und sozioökonomische Erbe der Apartheid nach wie vor weitgehend intakt ist, verdeutlicht, dass es dem ANC nicht gelungen ist, sie grundlegend zu überwinden.

Mit der Entstehung einer neuen schwarzen politischen Elite, die sich ebenfalls nicht mit den strukturellen Ungleichheiten befasst, muss man wohl feststellen, dass Südafrika die Apartheid als Rechtssystem abgeschafft, aber als sozioökonomisches System beibehalten hat. Das ist das Signal der Wahl 2024, mit geringer Beteiligung und entlang ethnischer/geografischer Linien.

(O-Ton: Das nationale Projekt, oder wie Pallo Jordan es nannte, die nationale Frage, wurde beantwortet. Und die Antwort ist, dass wir uns in der Frage, ob Ethnie noch immer ausschlaggebend dafür ist, wo man im Leben landet, keinen Deut von dem entfernt haben, wo wir zu Zeiten der Apartheid waren. Das haben die Wahlen bewiesen. Deshalb stelle ich die Frage, was gegenwärtig unser nationales Projekt ist, denn ich glaube nicht, dass uns die Frage der Ethnie weiterbringt. Südafrika hat keine Vision für die Zukunft. Wir stecken in alten Paradigmen fest und unsere Institutionen stützen sich auf alte Denkweisen über die Welt.)

Ich will nicht MAGA in den USA als Maßstab oder gutes Beispiel nehmen, aber man kann an dieser Bewegung gut erkennen, dass die Art und Weise, wie sie sich von institutionellem Denken gelöst hat, ihr viel soziale Macht und große Reichweite verschafft hat und das jenseits einer

Zuordnung zur Republikanischen Partei. Wir dagegen drohen in unseren modernen bürokratischen Institutionen zu ersticken und bieten keinen Raum für Visionen, die nach vorn gerichtet sind und die Gesellschaft in Bewegung bringen können – wie im Kampf gegen die Apartheid.

Parteien – nicht nur der ANC - und die demokratischen Institutionen insgesamt müssen mit den Veränderungen Schritt halten, sonst fallen sie immer mehr hinter die Bevölkerung zurück, die sich dann mehr und mehr von ihnen abwendet. Kurz, es ist notwendig, die Zivilgesellschaft und die Communities neu zu politisieren und zu motivieren, sich von einer individualistischen und parteizentrierten Politik hin zu einem kollektiveren, basisdemokratischen Engagement zu bewegen.

DeSaFor: *Wie beurteilst Du die Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken der Regierung der Nationalen Einheit?*

Tessa Dooms: Die besondere Stärke ist, dass der ANC mit der überwältigenden Mehrheit der in GNU vertretenen Parteien ein stabileres Arrangement geschmiedet hat als es möglicherweise den Anschein hat. Es ist eine mathematische Koalition, denn auch wenn die DA sie verlassen sollte, bleiben dem Präsidenten ausreichende Stimmen, um seine Arbeit fortzusetzen.

Eine Schwäche ist das kurze *Statement of Intent*, die Grundlage für die Koalition, die – verfassungsbedingt - in der sehr kurzen Zeitspanne von 14 Tagen „zusammengeschustert“ wurde.

DeSaFor: *So einen Zeitdruck würden wir uns in Deutschland manchmal wünschen...*

Tessa Dooms: (O-Ton „Oh nein, für jemanden, der das miterlebt hat: Auf keinen Fall!“) Die Gefahr ist, dass es unter solch einem Zeitdruck eher um ein Gerangel um Positionen als um verbindliche Absprachen zu Inhalten geht.

Und das ist eine große Schwäche: Es fehlt an Intention und Tiefe. Und Cyril Ramaphosa hat es versäumt, in dieser Phase ein wenigstens ansatzweise praktikables Programm zu entwickeln oder zu vereinbaren. Er hat auch die zwei Gelegenheiten

der „*State of the Nation Address*“ zu Beginn seiner zweiten Amtszeit und kürzlich zu Beginn des Parlamentsjahres 2025 dafür nicht genutzt. Die Tatsache, dass der Haushalt nicht zeitgerecht eingebracht werden konnte, zeigt die Schwäche des Präsidenten, die unterschiedlichen Kräfte seiner Koalition zu einer Einigung über die Regierungsarbeit zu bringen. Mein Eindruck verstärkt sich, dass Ramaphosa es bevorzugt, Verantwortung auszulagern und zur Vermeidung von Angriffen auf sein Amt oder ihn selbst so wenig Verantwortung wie möglich zu übernehmen.

Die wichtigste Chance der GNU besteht darin, ihr Momentum zu nutzen und Politikgestaltung durch Koalitionen in Südafrika zum Normalfall zu machen. Südafrika ist an die „Anomalie einer Mehrheitsregierung in einem System der proportionalen Repräsentation“ gewöhnt.

Die Südafrikaner haben die Möglichkeiten der demokratischen Mehrheitsbildung daher noch nicht richtig verstanden und finden Koalitionen eher als unnormale. Beispiele auf der Ebene der Provinzen und auf der kommunalen Ebene waren bislang auch in der Regel wenig geeignet, für Koalitionen zu werben.

Wenn es aber gelingt, mit GNU den Nachweis zu führen, dass eine neue Kultur von Koalitionspolitik zu Ergebnissen führt und breite Akzeptanz findet, dann bietet sich eine gute Chance, dass das Verhältniswahlrecht als Stabilisierungsfaktor für eine widerstandsfähige parlamentarische Demokratie erkannt wird. Sollte GNU jedoch scheitern bzw. keine Ergebnisse zustande bringen, wird das Zutrauen der Menschen in Koalitionsregierungen schwinden.

DeSaFor: Vielen Dank, Tessa, und weiterhin viel Erfolg bei Deiner Arbeit für die Demokratie in Südafrika. Viele Fragen mussten offenbleiben, aber sicher finden wir noch andere Gelegenheit, mit Dir im Gespräch zu bleiben und zu diskutieren, was wir voneinander lernen können.

Das Interview wurde am 10. März 2025 von Klaus Brückner in Berlin geführt – hier abgedruckt ist eine von Tessa Dooms freigegebene bearbeitete Fassung.

Der ANC am Scheideweg

Am 29. Mai 2024 musste der ANC feststellen, dass er erstmals die absolute Mehrheit bei nationalen Wahlen verfehlt hatte. Während noch vor 20 Jahren befürchtet wurde, der ANC könnte seine Zweidrittel-Mehrheit für weitreichende Änderungen der Verfassung nutzen, erhielt er jetzt nur noch 40,2 % der Stimmen.

Von den neun Provinzen hat der ANC die absolute Mehrheit nur noch in den fünf ländlich geprägten Provinzen Nordwest, Northern and Eastern Cape, Mpumalanga und Free State verteidigt, die ökonomischen Zentren Western Cape, Gauteng und KwaZulu Natal sind in den festen Händen der Opposition. Präsident *Ramaphosa* ist gezwungen, mit der stärksten Oppositionspartei, der DA, in der Regierung der Nationalen Einheit (GNU) zusammen zu arbeiten.



Nach den hohen Verlusten steht der ANC am Scheideweg: Während *Ramaphosa* die Regierung der Nationalen Einheit auch als Plattform nutzt, um für einen breiten nationalen Konsens zu werben, sieht ein großer Teil des ANC diesen Ansatz kritisch: Die anderen Parteien, insbesondere die DA, können jetzt im direkten Vergleich zeigen, wer besser regiert.

Zudem, wenn die GNU nationalen Interessen Vorrang vor der Parteiloyalität einräumt, könnten sich die bestehenden Fraktionen innerhalb des ANC weiter auflösen. *Ramaphosas* Kurs der nationalen Einheit

stärkt daher die Zentrifugalkräfte im ANC zu Gunsten ethnisch orientierter Parteien wie Zumas *UMkhonto we Sizwe* (MK) oder den linksorientierten Populisten des EEF. Die nach wie vor kleine schwarze Mittelschicht wählt sowie bereits die DA oder eine der neuen kleineren Parteien (BOSA, ActionSA oder RiseMzansi).

Ob die Totenglocke für den ANC schon geläutet wurde, hängt maßgeblich davon ab, welche Richtung er einschlägt.

Szenarien – mögliche Zukünfte des ANC

Folgende Optionen für die Zukunft des ANC sind aus heutiger Sicht denkbar: ***Siyakha* (Bauen), *Insulabuchopho* (Intelligent, weise), *Siyawa* (wir fallen) oder *Uqhwithela* (Sturm)** in isiZulu oder isiXhosa.

1. *Siyakha* – Erneuerung / Wiederaufbau

Wenn der ANC relevant bleiben will, muss er sich intern reformieren. Er könnte sich wieder stärker auf seine Stammwähler, die armen Zielgruppen konzentrieren. Gute Regierungsführung und die Erbringung von Dienstleistungen müssten bei den Wählern sichtbar ankommen, insbesondere auch bei jüngeren Wählern, die die Tradition des Kampfes gegen die Apartheid nur aus den Geschichtsbüchern kennen. Sollte dieses gelingen, könnte der ANC sich bei 45% konsolidieren und damit in jedem Fall Koalitionsregierungen anführen.

Die Chancen hierfür sind allerdings gering, da die Jahre der State Capture die Parteistrukturen moralisch und programmatisch erodiert haben: Die Parteistrukturen in mitgliederstarken Provinzen, wie etwa Free State und Mpumalanga sind von innen korruptiert.

In ihnen haben zwielichtige Führer wie etwa der ehemalige ANC Generalsekretär Ace Magashule (Freestate) oder der Ex-Vizepräsident David Mabuza (Mpumalanga) nach wie vor eine große Rolle.

Ob der ANC wieder zu guter Regierungsführung zurückkehrt und die für die Bevölkerung notwendigen Dienstleistungen effizient erbringt, erscheint mehr als fraglich.

2. *Insulabuchopho* - ein gemäßigter, reformorientierter ANC

Diese Option setzt voraus, dass sich eine reformorientierte, intellektuell-liberale Fraktion des ANC mit der DA) verbündet, um sich für eine freie Marktwirtschaft, Korruptionsbekämpfung und verbesserte staatliche Kapazitäten einzusetzen. Inhaltlich wäre es ein Anknüpfen an die Mbeki/Trevor Manuel-Jahre. Als zentristische, reformorientierte Partei würde der ANC damit die Mittelklasse, urbane und jüngere Wähler ansprechen und gleichzeitig einige ihrer Stammwähler halten.

Ob der ANC bei der nächsten Wahl seine Stimmanteile merklich steigern könnte, ist unsicher. Es müsste aber reichen, um sich die führende Rolle in der Regierung zu sichern.

Dies würde Führungspersonlichkeiten erfordern, die in der Lage sind, die Parteifraktionen zu überbrücken, technokratisch agieren und eine zentristischen Politik verfolgen. Paul Mashatile und Kgosiensho Ramokgopa oder - eingeschränkt - Gwede Mantashe wären in den Optionen 1 und 2 vorstellbar.

3. *Siyawa* - Verlangsamter Niedergang

Diese Option ergibt sich aus der Schwäche der Gegner: Die Parteistrukturen von MK und EEF leben von einem starken Mann: Jacob Zuma (82) und der zwar jüngere, aber ausschließlich auf sich fokussierte Malema beim EEF. Gelingt es MK und EEF nicht, ihren Parteaufbau voranzubringen, entsteht ein Vakuum, dass selbst ein schwacher ANC weiterhin füllen könnte. Die Abwärtsspirale würde sich weiterdrehen, aber verlangsamt.

Die DA könnte zwar gestärkt werden und zur größten Kraft in einer zersplitterten Parteienlandschaft aufsteigen, aber solange die DA nicht glaubwürdig auch eine Partei der schwarzen Bevölkerung wird, ist ihr Potential beschränkt.

Der ANC würde bei dieser Option – zumindest für die nächsten Jahre - noch weiter

mit einem Anteil von vielleicht 30% überleben, selbst wenn er sich personell und programmatisch auf der Intensivstation befindet. Auch für diese Option sind Paul Mashatile und Gwede Mantashe in leitender Rolle vorstellbar.

4. Uqhwithela - Eine radikal-populistische Machtübernahme

Bei einer weiteren Zersplitterung des ANC könnte eine radikal-populistische Fraktion mit dem Programm der „radikal wirtschaftliche Transformation (RET)“ die Kontrolle übernehmen und sich auf die Millionen stützen, die vom langsamen Tempo der wirtschaftlichen Transformation frustriert sind. Die Tür für eine Fusion oder eine enge Zusammenarbeit mit der EFF wäre dann weit offen.

Naturgemäß verspielte man damit das Vertrauen der inländischen und ausländischen Investoren. Bei dieser Option könnte Zweli Mkhize oder auch Julius Malema eine führende Rolle spielen.

Abschließend gilt, dass der ANC sich reformieren muss, wenn er nicht zu einem Relikt der Geschichte werden will, einer Organisation, die einst einen Befreiungskampf anführte, aber schließlich unter dem Gewicht ihrer eigenen inneren Widersprüche und ihrem Unvermögen, effektiv zu regieren, zusammenbrach.

Wie erfolgreich der ANC sein kann, hängt weitgehend von der DA ab. Die Notwendigkeit der Anpassung gilt spiegelbildlich auch für sie: Ihr ist es bisher nicht gelungen, das strategische Dilemma zu lösen, einerseits die Interessen der Weißen an der Aufrechterhaltung des Status Quo zu vertreten und andererseits die notwendige Transformation und Inklusion der Mehrheit der schwarzen Bevölkerung voranzubringen.

Solange dies nicht überzeugend gelingt, ist die DA für viele schwarze Wähler keine Alternative zum ANC.

Jedenfalls wird es sich lohnen, die genannten Akteure in den nächsten Jahren im Auge zu behalten:



Paul Mashatile (64), hat sich bereits als Vize-Präsident des ANC und Südafrikas hervorragend positioniert. Er hat seine politische Karriere in dem großen Township Alexandra in Johannesburg begonnen und die wichtigste Provinz Gauteng ist seine Machtbasis.

Mashatile hat einen pragmatischen Führungsstil, ist offen für eine Modernisierung der Partei und hat die Fähigkeit, die unterschiedlichen Fraktionen wieder zusammenzuführen. Er wird als jemand gesehen, der sowohl für eine gewisse Kontinuität als auch für Wandel steht und in der Lage wäre, jüngere Wähler, insbesondere in der wichtigsten Provinz Gauteng wieder an den ANC zu binden. Er steht allerdings nicht für eine politische Position in der Partei, sondern wird sich entsprechend der Kräfteverhältnisse positionieren. Zudem gab es gegen ihn Korruptionsvorwürfe, insbesondere der Hang zu teuren ausgiebigen Restaurantbesuchen.



Gwede Mantashe (69) repräsentiert den traditionellen ANC. Seine Machtbasis ist COSATU, der Gewerkschaftsverband und die SACP. Als ANC-Generalsekretär und Vorsitzender kennt er die Partei in und auswendig und kann die internen Konflikte wie wohl kein anderer steuern.

Als Minister für Bergbau ist er ein Verfechter der Ausbeutung fossiler Ressourcen und tritt als solcher auch selbstbewusst gegenüber dem Westen auf. Auf Drohungen der Trump Administration gegen Südafrika reagierte er mit der Ankündigung, den Export seltener Erden und anderer Rohstoffe in die USA einzustellen.

Allerdings ist er – auch aufgrund seines Alters – eher der Kandidat der Vergangenheit und für Wähler, die keine emotionale



Beziehung zum ANC haben, nicht die erste Wahl. **Kgosientsho Ramokgopa (50)**

als Vertreter der jüngeren Generation könnte als ehemaliger Bürgermeister von Tshwane und jetziger Minister für Elektrizität eine Schlüsselrolle spielen. In seiner politischen Bilanz kann er positiv auf seine Rolle beim Ende des Loadshedding verweisen.

Seine technokratische Herangehensweise, seine Konzentration auf die Erneuerung der Infrastruktur und seine Fähigkeit, Wirtschaft und Politik einzubinden, machen ihn zu einem starken Kandidaten für die Führung eines reformorientierten ANC.



Zweli Mkhize (69) war bereits Premier von Kwa Zulu Natal und während der COVID-Pandemie Gesundheitsminister.

Er kann mit einer starken Basis in KwaZulu-Natal sowohl die Unterstützung der ANC als auch der MK-Wähler mobilisieren. Während der COVID-Pandemie hat er einen guten Job als Gesundheitsminister gemacht und wurde hierfür auch von der DA gelobt.

Korruptionsvorwürfen kam er durch Rücktritt zuvor. Seitdem hält er sich an der Seitenlinie auf. Dass er bereits zwei Mal für die ANC-Präsidentschaft kandidiert hat und dabei nur knapp verloren hat, zeigt, dass er nach Höherem strebt. Ob er die Fähigkeit hat, die Partei hinter sich zu einen, ist fraglich, er hat sich aber auch als wandlungsfähig erwiesen.

Autor: Ernst Hustädt, Kapstadt
Ehemaliger Leiter des GIZ-Programms „Good Governance“ in Südafrika

Bilder:

P. Mashatile – Foreign, Commonwealth, and Development Office

G. Mantashe – US Embassy, Pretoria

K. Ramokgopa – mLab RSA

Z. Mkhize: Di Smith /Flickr

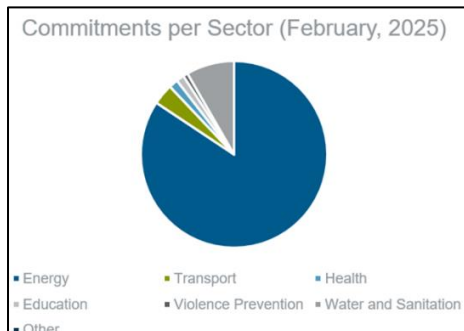
KfW Entwicklungsbank Über 60 Jahre Engagement für nachhaltige Entwicklung und seit dreißig Jahren in Südafrika

Die 1948 gegründete KfW Bankengruppe, ist eine der weltweit führenden Förderbanken. Sie steht zu 80 % im Eigentum des Bundes und zu 20 % im Eigentum der Länder.

Die KfW Entwicklungsbank führt im Auftrag der Bundesregierung, insbesondere des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Projekte der finanziellen Zusammenarbeit (FZ) mit Entwicklungs- und Schwellenländern durch. Sie beschäftigt rund 1.200 Mitarbeiter in der Zentrale in Frankfurt am Main und rund 400 Experten an über 60 internationalen Standorten, die mit Partnern in aller Welt zusammenarbeiten. Ihr Ziel ist es, Armut zu bekämpfen, Frieden zu sichern, Umwelt und Klima zu schützen, sowie für eine faire Globalisierung zu sorgen. Die KfW Entwicklungsbank ist ein kompetenter und strategischer Berater für aktuelle entwicklungspolitische Fragestellungen.

KfW Entwicklungsbank in Südafrika

Die finanzielle Zusammenarbeit zwischen Südafrika und Deutschland begann 1994 nach dem Ende der Apartheid. Diese Partnerschaft orientiert sich an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (2030) und dem Nationalen Entwicklungsplan Südafrikas (2030). Die neue südafrikanische Regierung „Government of National Unity“ (GNU) hat sich verpflichtet, sich in den nächsten fünf Jahren auf drei strategische Prioritäten zu konzentrieren:



Förderung eines integrativen Wachstums, der Schaffung von Arbeitsplätzen, Verringerung der Armut und Bekämpfung der hohen Lebenshaltungskosten sowie Aufbau eines leistungsfähigen, ethischen und entwicklungsfähigen Staates.

Zu den Kernbereichen der finanziellen Zusammenarbeit in Südafrika gehören die Förderung friedlicher und inklusiver Gesellschaften, Ausbildung und nachhaltiges Wachstum für menschenwürdige Arbeitsplätze sowie die Erleichterung eines gerechten Übergangs in der Klima- und Energiepolitik.

Um diese Ziele zu erreichen, finanziert und unterstützt die KfW Entwicklungen in wichtigen Bereichen wie Energie, Gesundheit, Bildung, Verkehr, Kompetenzentwicklung, Wasser- und Sanitärversorgung sowie Gewalt- und Kriminalprävention. "Mit ihrem Engagement leistet die KfW Entwicklungsbank einen wesentlichen Beitrag für eine nachhaltige Zukunft und Fortschritte in der Entwicklung Südafrikas und darüber hinaus", betont Cornelia Tittmann, Landesdirektorin für Südafrika.

Mit Stand Februar 2025 wurden folgende finanzielle Zusagen an Südafrika gemacht:

- 75% - Energie (2.085,6 Mio. EUR)
- 10% - Verkehr (2.89,5 Mio. EUR)
- 4% - Gesundheit (109,9 Mio. EUR)
- 7% - Wasser und Sanitäreinrichtungen (205,7 Mio. EUR)
- 2% - Bildung (40,25 Mio. EUR) 1% - andere (37,5 Mio. EUR)
- 1% - Gewaltprävention (20,0 Mio. EUR)

Insgesamt **2.788,55 Mio. EUR** achstehend ist der Arbeitsumfang pro Sektor beschrieben, der von der Bundesregierung über die KfW finanziert wird.

Klima, Energie & Gerechte Wende („Just Transition“)

Klima und Energie

Die KfW unterstützt Südafrikas Übergang zu einer grünen und kohlenstoffarmen Wirtschaft. Dazu gehören die Förderung erneuerbarer Energien, die Verbesserung der Energieeffizienz und die Verringerung der Treibhausgasemissionen. Zu den wichtigsten Initiativen gehören der Wiederaufbau der Strominfrastruktur und die Förderung einer grünen Wasserstoffwirtschaft in Zusammenarbeit mit Partnern wie Eskom Holdings, der Südafrikanischen Staatskasse (NT), der Industrial Development Corporation of SA (IDC), der Development Bank of Southern Africa (DBSA) und lokalen Verwaltungen wie in Kapstadt und der Nelson Mandela Bay Municipality.



Transport

Der Schwerpunkt liegt hier auf der Entwicklung nicht motorisierter Verkehrsinfrastrukturen und nachhaltiger öffentlicher Verkehrssysteme. Die KfW finanziert Elektrolokomotiven und fördert gemeinsam mit verschiedenen Kommunen klimafreundliche Transportlösungen. In diesem Bereich hat die KfW unter anderem mit Transport, der Stadt eThekweni, zusammengearbeitet.

Wasser und Abwasser

Die KfW beteiligt sich an der Finanzierung des Baus und der Sanierung von Kläranlagen mit dem Ziel, die Wasserverschwendung zu reduzieren und die Energieeffizienz zu verbessern. Die Partnerschaft mit der Wasser- und Sanitärabteilung der Stadt Kapstadt betont innovative Strategien für das Wassermanagement.

Gesundheit

Der Schwerpunkt Gesundheit liegt auf der Förderung der lokalen Impfstoffproduktion, der Unterstützung von COVID-19-Impfmaßnahmen und der Sanierung von Gesundheitseinrichtungen. Die KfW arbeitet mit verschiedenen Gesundheitsämtern zusammen, um die kommunalen Gesundheitsdienste zu verbessern. Dazu gehören das National Department of Social Development, das National Department of Health (NDoH), die DG Murray Trust (DGMT) und das Department of Science and Innovation (DSI).

digitale Qualifizierungen zu steigern. Darüber hinaus finanziert die KfW den Aufbau sozialer Infrastruktur, die Gemeinden und insbes. Jugendliche, stärken soll. Sie arbeitet mit nationalen Ministerien und lokalen Initiativen zusammen, um die Beschäftigungsmöglichkeiten in der lokalen Wirtschaft zu erweitern. Dazu gehören das Department of Higher Education (DHET), das Department of Social Development (DSD), der South African Council of AIDS (SANAC) und die National Business Initiative (NBI).



Ausbildung und nachhaltiges Wachstum für menschenwürdige Arbeitsplätze

In diesem Kernbereich setzt sich die KfW dafür ein, die Qualität der beruflichen Bildung zu verbessern, Kompetenzen für grüne Jobs zu fördern und die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen durch

Friedliche und inklusive Gesellschaften; gute Regierungsführung

Zu den wichtigsten Initiativen gehört die Gewaltprävention, insbesondere gegen Frauen und Kinder, durch die Entwicklung sozialer Infrastrukturen wie öffentlicher Räume und Jugendeinrichtungen in den Gemeinden.



Darüber hinaus finanziert die KfW die Verbesserung der frühkindlichen Entwicklung in gefährdeten Gebieten zur Bekämpfung der Auswirkungen von Gewalt und Armut zwischen den Generationen. Zu den Partnern in diesem Bereich gehört die Behörde für Raumordnung und Umwelt der Stadtverwaltung Kapstadt.

Was heißt das eigentlich: „Just transition“

.....als Entwicklungskonzept ?

„Just Transition“, auf Deutsch „gerechter Übergang“ oder auch „gerechter Wandel“, ist ein politisches Konzept für einen Strukturwandel hin zu einer klimaneutralen ([hier klicken](#)), resilienten ([hier klicken](#)) und sozial gerechten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Beim Übergangsprozess werden ökologische, ökonomische und soziale Herausforderungen gleichwertig berücksichtigt, mit einem besonderen Fokus auf vulnerable ([hier klicken](#)) Bevölkerungsgruppen. Ziel ist, bei dem dafür erforderlichen Strukturwandel niemanden zurückzulassen, weder Einzelpersonen noch Staaten noch die zukünftigen Generationen. (nähere Erläuterungen [hier](#))

..... und konkret am Beispiel der Just Energy Transition Partnership (JETP) mit Südafrika ?

Neben Deutschland unterstützen Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Kanada, die Niederlande und die Europäische Union Südafrika dabei, den Kohleausstieg voranzutreiben und die erneuerbaren Energien massiv auszubauen. Da Südafrika eine bedeutende Rolle als regionaler Stromlieferant spielt, wirkt diese Partnerschaft auch über die Landesgrenzen hinaus. Die Förderung beläuft sich mittlerweile auf über 9,3 Milliarden US-Dollar, Deutschland leistet dazu einen bedeutsamen Beitrag. Ziel ist, dass Südafrika in den nächsten 20 Jahren den Ausstoß von bis zu 1,5 Gigatonnen Treibhausgas vermeiden kann. Um den Kohleausstieg sozialverträglich zu gestalten, wird unter anderem in die beruflichen Chancen von Frauen und Jugendlichen, in kleine und mittelständische Unternehmen sowie in zukünftige Innovationsstandorte, zum Beispiel für grünen Wasserstoff und Elektrofahrzeuge, investiert.

Zudem wird der Strukturwandel in der Kohleregion Mpumalanga unterstützt, damit auch die 200.000 Menschen, die dort ihr Einkommen direkt oder indirekt aus dem Kohlesektor beziehen, von der Energiewende profitieren. (nähere Erläuterungen [hier](#))



*Auch in dieser Ausgabe unseres Newsletters kommen Akteur*innen aus NRW zu Wort, die auf unterschiedliche Art und Weise mit dem Südafrika Forum NRW verbunden sind: Jessica Bönn und Laurenz Butzke gehören zu dem Netzwerk „SIMUNYE – We are one!“, und sie haben in den vergangenen Monaten mit ihrer Expertise und vor allem mit ihrem unermüdlichen Engagement zum Gelingen des Begegnungsprojektes beigetragen.*

“Reflexion Virginia Tech Study Abroad” Kapstadt und Praktikum im “Cape Town International Convention Centre”

Vor drei Jahren, im Oktober 2022, gelangte ich über das internationale Begegnungsprojekt „roots of music“ erstmals als Mitglied einer mit südafrikanischen und deutschen Jugendlichen besetzten Big Band ans Kap der guten Hoffnung. Organisiert von *Arbeit und Leben NRW*, dem *Südafrika Forum NRW*, der Musikschule Soest und der Soester Verein *MusicWays Germany*, tourten wir zwei Wochen durch die Provinz Western Cape, spielten Konzerte und tauchten in die Geschichte und Kultur Südafrikas ein. Die Erfahrungen aus dem Austauschprojekt haben mich motiviert, international tätig zu werden. Ich blieb eng mit dem Südafrika Forum NRW in Kontakt und reiste mehrfach Südafrika.

Im Januar 2025 hatte ich nun die Gelegenheit die Dynamiken in und um Kapstadt so intensiv kennenzulernen wie noch nie – ich konnte ein *Study-Abroad Programm* der US-amerikanischen Virginia Tech University begleiten und ein Praktikum im *Cape Town International Convention Centre (CTICC)* machen.



Als Volunteer in der in Kapstadt ansässigen Organisation *Gateway Education*, welche regelmäßig Austausche von Studierenden

nach Südafrika durchführt, durfte ich zum zweiten Mal Student*innen der *Virginia Tech University* mit Organisationen vor Ort in Kontakt bringen. Das Programm der Virginia Tech ist auf *Food Security und Agricultural Sciences* fokussiert, so dass Kooperationen unter anderem mit Vivian Zilo und ihrer NGO *Iliso Care Society* aus Khayelitsha aufgebaut wurden, die eine Farm unweit der Stadt betreiben.



Danach hatte ich Gelegenheit, bei einem Praktikum im *CTICC* eines der größten und innovativsten Convention Centres auf dem afrikanischen Kontinent kennenzulernen. Die Leiterin (CEO), *T. Taubie Mothlanabe* hatte ich bereits im Januar vergangenen Jahres kontaktiert, und war fasziniert, wie eine so komplexe Organisation reibungslos funktioniert und sich innerhalb von nur knapp 25 Jahren an die Marktspitze des Kontinents katapultiert hat.

Während meiner Zeit im *CTICC* erhielt ich Einblicke vom Executive Committee bis hin zu den Diesel-Generatoren im Keller, welche das Gebäude selbst bei voller Auslastung mit mehr als 40.000 Menschen für den Fall erneuter gezielter Stromabschaltungen („load-sheddings“) ohne Probleme mit Strom versorgen können. Aufgrund der aktuellen weltpolitischen Lage hatte ich die für mich einmalige Gelegenheit, mit verschiedensten Führungspersönlichkeiten über diese Entwicklungen, und vor allem über Südafrikas Positionen im

Weltgeschehen betreffen, zu sprechen. Vertiefen konnte ich diese durch die Einladung der *Konrad-Adenauer-Stiftung Südafrika* zur Teilnahme an der *F. W. de Klerk Annual Conference*.

Dort konnte ich mit dem Direktor der KAS Südafrika, *Gregor Jaecke*, und dessen Team sowie zahlreichen südafrikanischen Entscheidungsträger*innen weitere Einblicke gewinnen – unter anderem aus Impulsen und Diskussionen beim Panel mit dem deutschen Botschafter in Südafrika, Herrn *Andreas Peschke*, der südafrikanischen Unternehmerin und Milliardärin *Magda Wierzycka* und dem südafrikanischen Coach des Springbok Rugby-Teams, *Rassie Erasmus*. Auch am Kap ist die „Zeitenwende“ deutlich spürbar und die nächsten Jahre werden prägend für Südafrikas Position im internationalen Machtgefüge sein.

Vor allem nun, nachdem Donald Trump offen kritisch gegenüber Südafrika und der derzeitigen Regierung auftritt und eine Finanzhilfe nach der anderen streicht, findet sich das Land zunehmend an den Staatenverbund der BRICS gebunden.

Es bleibt also spannend für mich und alle anderen mit Südafrika verbundenen Menschen und Organisationen, wie die Zukunft der immer noch so jungen Nation aussehen wird.



Text und Bilder: Laurenz Butzke

Capetopia e.V. – „Sonnige Zeiten“ für die Strom- versorgung der Paarl School

Jessica Bönn ist Hagererin, Gründerin des Vereins „Capetopia e.V.“, der sich in der Entwicklungszusammenarbeit in Kapstadt, Südafrika, engagiert. Sie selbst lebte knapp drei Jahre am Kap in Südafrika. Da sie die Armut und Ungleichheit vor Ort mit eigenen Augen erlebte, ist ihr die Projektarbeit in Südafrika noch heute ein Herzensanliegen.



Dank großzügiger Unterstützungen, die ihr Verein über knapp drei Jahre in verschiedenen Fundraising-Events gesammelt hat, konnte in Südafrika nun ein beeindruckendes Projekt erfolgreich umgesetzt werden:

Die Paarl School im Norden von Kapstadt, eine Schule für geistig sowie körperlich beeinträchtigte Kinder, profitiert seit kurzem von einer neuen Solaranlage, die den Großteil ihres Energiebedarfs deckt. Die gesparten Kosten für herkömmlichen Strom fließen nun in einen sozialen Zweck an der Schule.

„Capetopia stellt sich eine Zukunft vor, in der Nachhaltigkeit, soziale Gleichheit und Sicherheit für alle in Kapstadt zugänglich sind“, so Jessica Bönn. „Das Solarprojekt der Paarl School kommt der Schule, ihren Schüler*innen, der Gemeinde und dem Planeten zugute und bringt uns der Verwirklichung unserer Vision einen Schritt näher.“

Die 1978 gegründete Paarl School bietet eine fördernde und ganzheitliche Lernumgebung, die den Schülern hilft, ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Neben dem Lehrpersonal verfügt die Schule über ein multidisziplinäres Team, das aus Therapeut*innen, Psycholog*innen, Pflegepersonal und einem Sozialarbeiter besteht. Die Schule unterstützt nicht nur ihre eigenen Schüler*innen mit hohem Förderbedarf, sondern dient auch als Ressourcenzentrum für Regelschulen und andere Organisationen in der Gemeinde.

Das neue Solarprojekt der Paarl School wird die rund 500 Mitarbeiter*innen und Schüler*innen der Schule mit erschwinglicher, sauberer Energie versorgen und fast die Hälfte des Energiebedarfs für die nächsten 20 Jahre decken. Über einen Stromabnahme-vertrag (PPA) von Sun Exchange – einem branchenführenden Entwickler von Solarstrom- und Energiespeicherlösungen – und mit der Spende von Capetopia in

Höhe von R782.000 wird die Paarl School allein im ersten Jahr einen Tarif pro Kilowattstunde für Solarstrom zahlen, der fast 75 % unter dem Tarif der öffentlichen Versorgungsunternehmen liegt, wobei die Einsparungen voraussichtlich noch weiter steigen werden, da die Stromtarife weiter steigen. Darüber hinaus wird überschüssige Energie aus dem Solarprojekt, die die Schule nicht nutzt, wieder ins Netz eingespeist.

Die durch das Solarprojekt erzielten Energiekosteneinsparungen ermöglichen es der Paarl School, diese Mittel und Ressourcen in die Schaffung von mehr Lernmöglichkeiten für alle Lernenden zu reinvestieren, unabhängig von ihrem sozioökonomischen Status.

Das Solarprojekt ermöglicht es der Schule auch, ihre Klimaauswirkungen zu mildern. Das Projekt soll während der 20-jährigen Pachtzeit mehr als 2.700 MWh saubere Energie erzeugen und etwa 2.800 Tonnen Kohlenstoffemissionen vermeiden.



Das entspricht einer Vermeidung von mehr als 1.400 Tonnen Kohleverbrennung.

„Die Paarl School dient als Ressourcenzentrum und Vorbild für unsere umliegende Gemeinde. Mit unserem neuen Solarprojekt sind wir stolz, nun auch zeigen zu können, wie eine Schule Schritte unternehmen kann, um eine bessere und nachhaltigere Welt für zukünftige Generationen zu schaffen“, sagte Garth Hewitt, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Paarl School. „Wir sind Capetopia für die großzügige Spende dankbar und freuen uns, Sun Exchange als Partner zu haben, der das Solarprojekt ermöglicht.“

Und wir bei Capetopia sind froh und auch ein bisschen stolz darauf, dass wir dazu beitragen konnten, dieses Projekt möglich zu machen, und freuen uns auf weitere Projekte in der Zukunft.

Text und Bilder: Jessica Bönn

Impressum:

Redaktion: Peter Conze
Gestaltung: Anne Preuß
Klaus Brückner

V.i.S.d.P:

Hans-Werner Bussmann,
Vorsitzender des Vorstands

Soweit nicht anders gekennzeichnet geben die Beiträge die Informationen und Meinungen der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder.

28.2.2025 Mittagsgespräch mit Dr. John Endres, Johannesburg

Am 28.02.2025 führten *DeSaFor*, die *Friedrich-Naumann-Stiftung* und die *Deutsche Afrika-Stiftung* ein Mittagsgespräch zum Thema „Südafrikas neues Landreformgesetz – Politische Kontroverse und internationale Reaktionen“ mit *John Endres*, dem Direktor des Johannesburger „*Institute of Race Relations*“ (IRR), dem 1929 gegründeten und damit ältesten „*Think Tank*“ Südafrikas durch. Es richtete sich ursprünglich vor allem gegen Rassendiskriminierung.

Das Gespräch fand in den Räumen der *Deutschen Afrika-Stiftung* statt.

Einleitend beleuchtete *John Endres* einige Daten zur wirtschaftlich-sozialen Situation: seit 2007 (also vor allem seit Beginn der Präsidentschaft von *Jacob Zuma*) ging der Zuwachs des BIP auf 1,2 % zurück, die Staatschulden wuchsen auf 75 % des BIP.

Die Arbeitslosigkeit stieg auf 31,9 - de facto 41,9 %. Es gibt 16,6 Mio. Erwerbstätige, Einkommensteuer zahlen jedoch nur 7 Mio. Einwohner. Sozialhilfe empfangen 28 Mio. Im Jahr 2024 seien täglich im Durchschnitt 72 Menschen getötet worden. Entsprechend seien die Direktinvestitionen, also in Fabriken und ähnliche Anlagen (im Gegensatz zu Finanzinvestitionen, also in Aktien, Fonds etc.) auf 15 % des BIP zurückgegangen. Sie müssten aber bei über 30 % liegen, um nachhaltig mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Die große Lücke sei auf das fehlende Vertrauen der internationalen Investoren zurückzuführen.

Das neue Enteignungsgesetz betreffe nicht nur landwirtschaftliche Betriebe, sondern Vermögen jeder Art von Bankkonten, Patentrechte und Firmenanteile bis hin zu privaten Rentenfonds. Wenn es bei Grundstücken keine Einigung zum Kaufpreis gebe, könne dieser von Behörden auf 50-70 % des Marktwertes reduziert, in



Ausnahmefällen auch auf null gesetzt werden. Die Entscheidung sei gerichtlich anfechtbar. Die Kriterien für die mögliche Unterbewertung seien nicht abschließend aufgezählt, teilweise wenig präzise umschrieben. Hinsichtlich der Landwirtschaft werde es die schon lange geplanten speziellen „Land-Gerichte“ geben, deren Kammern mit einem Berufs- und zwei Laienrichtern besetzt würden, die den Vorsitzenden hinsichtlich der Bewertung faktischer Erkenntnisse überstimmen könnten.

In der Diskussion räumte Enders ein, dass es unter der Regierung *Cyril Ramaphosa*

eher unwahrscheinlich sei, dass von dem Enteignungsgesetz Gebrauch gemacht werde, da dies das Vertrauen der internationalen Investoren endgültig erschüttern würde.

Im Übrigen lasse das IRR zusammen mit anderen NROs das Gesetz gerichtlich auf seine Verfassungsmäßigkeit überprüfen.

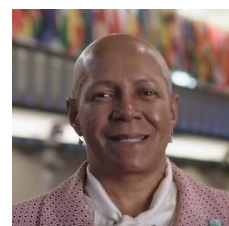
Das sog. AGOA-Abkommen (*Africa's Growth and Opportunity Act*) werde vom US-Kongress angesichts der wegen der Spannungen zwischen den USA und Südafrika im Juli wahrscheinlich nicht verlängert. Trump behaupte, dass in Südafrika Eigentum nicht ausreichend geschützt werde, Weiße diskriminiert würden und unter den Farmmorden zu leiden hätten. Die USA hätten aus diesen Gründen, aber auch wegen Südafrikas Außenpolitik keine Minister zu den Treffen der Außen- bzw. Finanzminister der G20 entsandt. Die USA wären weniger wegen der Rohstoffe an Südafrika interessiert als wegen der geostrategischen Lage. Denn wenn der Suez-Kanal nicht befahrbar sei, müsste die internationale Schifffahrt auf dem Weg von und nach Asien das Kap der Guten Hoffnung, sicher passieren können.

Bericht:: *Hans-Werner Bussmann*
Bild: *Deutsche Afrika Stiftung e.V.*

24.3.2025 „Lunch Break Discussion at the Embassy“, in der Botschaft Südafrikas in Berlin



Im Rahmen der vereinbarten engeren Zusammenarbeit, haben die südafrikanische Botschaft in Berlin und *DeSaFor* am 24. März 2025 eine erste Veranstaltung in dem neuen Format „Lunch Break Discussion at the Embassy“ durchgeführt. Thema der Diskussion am „Mittagstisch“ war die weltweite Sicherung von Ernährung und Nahrungsmittelversorgung – ein Schwerpunktthema der laufenden G20-Präsidentschaft Südafrikas.



Die südafrikanische Botschaft hatte **Botschafterin Nosi-phi Jezile** für eine Videobotschaft zum Auftakt der gut besuchten Veranstaltung gewinnen können.

Als Botschafterin Südafrikas in Rom ist sie derzeit auch Vorsitzende des *UN Committee on World Food Security (CFS)*.

Mit Berufung auf Präsident *Ramaphosa*, der kürzlich die G20-Außenminister dringlich erinnert hatte, dass bis zur Erreichung der *Agenda 2030* nur noch fünf Jahre bleiben, unterstrich sie den Handlungsbedarf bei dem zentralen G20-Thema Südafrikas „Food and Nutrition Security“.

Dabei, so die Botschafterin, stehen der Kampf gegen den Hunger, von dem zurzeit über 730 Millionen Menschen betroffen seien, und die Stärkung der Resilienz der Agrarwirtschaft gegenüber den Folgen des

Klimawandels im Zentrum der Bemühungen. Die Überwindung der Probleme erfordere partnerschaftliches und gemeinsames Handeln: International im Rahmen der „Global Alliance Against Hunger and Poverty“ und national in den von der FAO weltweit geförderten „Multi Stakeholder Dialogues“ der jeweiligen relevanten Akteure. Fehlende Ernährungssicherheit verstärke die Ungleichheit und behindere Wachstum und Entwicklung.

Es sei eine zentrale Aufgabe der G20, die Ursachen mangelnder Resilienz im Ernährungssektor zu bekämpfen und Südafrika habe „die Fackel“ von der vorhergehenden G20-Präsidentschaft Brasiliens übernommen, diesen Kampf erfolgreich weiterzuführen.



Botschafter Stone Sizani griff diese Appelle auf und hob hervor, dass „G20 Südafrika 2025“ bei diesem wichtigen Thema nicht nur auf den

von Indien und Brasilien seit 2023 geschaffenen Grundlagen aufbauen, sondern sich zudem auf die Beratung und Unterstützung Chinas und Deutschlands stützen könne.

Er mahnte, dass Afrika als Kontinent, die *Southern African Development Community (SADC)* und deren 16 Mitgliedsstaaten Wege und Abkommen über eine arbeitsteilige Zusammenarbeit finden müssten. Lediglich auf die eigenen nationalen Interessen gerichtetes Handeln führe nicht zu Lösungen, sondern vergrößere die Risiken und Konflikte.

Er appellierte an die Regierungen, den Privatsektor und die Zivilgesellschaft in diesen Ländern, gemeinsam das Menschenrecht auf Entwicklung und insbesondere auf gesunde Ernährung zu verwirklichen.

Für die Haltung der Bundesregierung hob **Dr. Andreas Schaumayer**, Leiter des Referats „Ernährungssicherheit, Fischerei“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die positive Wirkung der südafrikanischen



Botschafterin **Jezile als CFS-Vorsitzende**. Das gelte sowohl in der Agrarwirtschaft als auch bei den Anstrengungen zur Stärkung der klimabedingten Resilienz für die Nahrungsmittelproduktion. Mittel, die dafür jetzt bereitgestellt und eingesetzt werden, seien gut angelegtes Geld, denn Nichthandeln werde in der Zukunft weitaus höhere Kosten verursachen.

Aus seiner Sicht müsse es vor allem darum gehen, das „*Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (CADAAP)*“ im dritten Jahrzehnt seiner Laufzeit zu den angestrebten Erfolgen zu führen. Die Grundidee, in allen Haushalten der afrikanischen Staaten einen vereinbarten Mindestanteil zur Förderung landwirtschaftlicher Produktion, effektiver Nutzung natürlicher Ressourcen und Stärkung der Resilienz gegenüber klimabedingten Einflüssen bereitzustellen, sei zukunftsweisend, müsse aber konsequenter realisiert werden.

Dabei müsse berücksichtigt werden, dass der Agrarsektor nicht nur für ca. 1/3 der CO₂-Emissionen, sondern auch und in viel größerem Umfang für den Verlust von 80-90 % der Biodiversität verantwortlich sei. Hier eine Umkehr zu erreichen, erfordere weit mehr als nur technische Lösungen. Zudem gelte es, die Handelsregime so zu gestalten, dass sie Agrarproduktion und -handel fördern, anstatt sie zu behindern.

Das gelte für die WTO, aber auch für neue Handelssysteme auf regionaler / kontinentaler Ebene. Die engen Zusammenhänge zwischen Ernährungssicherung einerseits und regelbasierten Handelsregimen andererseits werde in besonderer Weise an den nicht-tarifären Handelshemmnissen deutlich, auch wenn bei deren Abbau bzw. Überwindung durchaus Fortschritte auf der Ebene der G7 und G20 erreicht worden seien.

Präsidentschaft in den G20-Prozessen zur Ernährungssicherheit hervor und äußerte seine persönliche Anerkennung für das Wirken von

In der Diskussion verdeutlichten die Fragen und Kommentare die Vielschichtigkeit des Themas. Sie reichten von kleinteiligen lokalen Lösungen über die Nutzung von KI für die Vermarktung kleinbäuerlicher oder genossenschaftlicher Produktion bis zur Frage, ob das noch junge afrikanische Freihandelssystem (*African Continental Free Trade Area (AfCFTA)*) für die Ernährungssicherung in Afrika Teil der Lösung oder des Problems sei.

Ergänzend zu ihren Einschätzungen betonten **Botschafter Sizani** und **Dr. Schaumayer** gemeinsam, die Notwendigkeit partnerschaftlicher Kooperationen für Lösungsansätze und dies nicht nur, aber vor allem auch durch die südafrikanisch-deutsche Zusammenarbeit. Botschafter Sizani ermunterte **DeSaFor**, dies als Forum mit seinen Möglichkeiten zu unterstützen.

Die Frage, ob die vielversprechenden Anstrengungen Südafrikas, die von den Vorgänger-Präsidentschaften Indien und Brasilien begonnenen Initiativen zum Jahresende 2025 auch erfolgreich an die USA als turnusmäßige Nachfolgerin in der G20-Präsidentschaft weitergeben könne, fand in der Diskussion (noch) keine Antwort.

Bericht: Klaus Brückner

Bilder: Botschaft Südafrikas in Berlin



G20 SOUTH AFRICA 2025

Südafrika hat als erstes afrikanisches Land den Vorsitz der G20 Staaten-gruppe für 2025 von Brasilien übernommen. Turnusmäßig soll der Vorsitz 2026 auf die USA übergehen. Die Trump-Administration beteiligt sich bislang allerdings nur formal an den G20-Treffen.

Südafrika hat für seine Präsidentschaft die Themenschwerpunkte „Solidarität, Gleichheit und Nachhaltigkeit“ gewählt und führt damit wesentliche Programme der Vorgänger-Präsidentschaften Indiens und Brasiliens fort. Deutschland unterstützt die südafrikanische Agenda aktiv und engagiert.